

Gute Jugendpolitik für Sachsen-Anhalt

Forderungen junger Menschen
zur Landtagswahl 2026

JUNG
RELEVANT
KONKRET



JUNG

RELEVANT

KONKRET



Gute Jugendpolitik für Sachsen-Anhalt

Forderungen junger Menschen zur Landtagswahl 2026

Warum dieses Programm?.....	2
Das Wichtigste auf den ersten Blick	4
12 Forderungen	6–19
1. Ehrenamt, Engagement und Freiwilligendienste.....	7
2. Jugendarbeit und Jugendverbandsarbeit	8
3. Sicherheit	9
4. Gesundheit.....	10
5. Nachhaltigkeit und Umweltschutz	11
6. Schulische Bildung	12
7. Digitalisierung und Medien	13
8. Bürokratieabbau	14
9. Partizipation und Beteiligung.....	15
10. Mobilität	16
11. Berufliche Perspektiven	17
12. Demokratieförderung	19
Kontakt	20

Warum dieses Programm?

Junge Menschen gestalten die Zukunft Sachsen-Anhalts – heute und morgen. Sie bringen Ideen, Engagement und Mut für Veränderungen mit. Damit sie ihr Potenzial entfalten und aktiv an der Entwicklung unseres Bundeslandes mitwirken können, braucht es eine gute Jugendpolitik, die ihre Lebensrealitäten ernst nimmt, ihnen zuhört und sie konsequent einbindet. Sachsen-Anhalt muss ein Ort sein, an dem sich junge Menschen wohl fühlen, an dem ihre Potentiale gesehen und gefördert werden, sie ihr Umfeld aktiv gestalten können und ihnen die Chance geboten wird, sich frei zu entwickeln.

In einem breiten partizipativen Prozess haben junge Menschen aus ganz Sachsen-Anhalt 61 Forderungen für die Landtagswahl 2026 formuliert. Sie zeigen deutlich: Wer die Zukunft unseres Landes gestalten will, muss Jugend mitdenken – und junge Perspektiven in den Mittelpunkt politischen Handelns stellen. Dieses Forderungspapier ist ein Aufruf an die Politik – Ein zukunftsfähiges Sachsen-Anhalt muss die Bedürfnisse junger Menschen umsetzen.

Wie das Programm entstand

Auf der 41. Mitgliederversammlung des Kinder- und Jugendring Sachsen-Anhalt e. V. im Frühjahr 2024 wurde die Gründung einer Arbeitsgruppe zur Landtagswahl beschlossen. Die AG Landtagswahl nahm zeitnah ihre Arbeit auf – 24 junge Menschen aus den Mitgliedsverbänden entwickelten gemeinsam erste Forderungen für die Landtagswahl 2026. Diese wurden in 12 Themenbereiche strukturiert, die in mehreren AG-Sitzungen diskutiert, weiterentwickelt, konkretisiert und priorisiert wurden. Zusätzlich wurden auf der Beteiligungsveranstaltung „Voice-Up“ im November 2024 weitere Perspektiven eingebracht. Junge Menschen, ohne Jugendverbandsbezug, aus ganz Sachsen-Anhalt diskutierten in Workshops ihre Visionen, Sorgen und Ideen und formulierten daraus eigene Forderungen. Auch die Themen der AG wurden ergänzt und kritisch reflektiert. Alle Ergebnisse flossen zurück in die AG, wurden gemeinsam bewertet, finalisiert und bilden nun die Grundlage dieses Forderungspapiers, das auf der 42. Mitgliederversammlung 2025 beschlossen wurde.

Unsere Forderungen

Junge Menschen in Sachsen-Anhalt sind vielfältig – sie kommen aus dem ländlichen Raum oder aus der Großstadt, gehen zur Schule oder arbeiten bereits, sie engagieren sich interessenbezogen, trainieren ihre Sportmannschaft, helfen ihren Mitmenschen, schützen die Umwelt, treten für ihre Rechte ein, stehen zu ihrem Glauben, retten als junge Feuerwehrleute und bereichern ihre Heimatorte. Genauso vielfältig wie die jungen Menschen in Sachsen-Anhalt sind auch ihre Bedürfnisse und Forderungen. In unserem Programm teilen sich die Forderungen in 12 Bereiche. Sie decken dabei alle Lebenswelten ab, die junge Menschen betreffen. Für jeden Bereich wird kurz die Relevanz erläutert und dann eine Vision zum Ende der nächsten Legislatur im Jahr 2030 im Sinne guter Jugendpolitik geschildert. Es folgt jeweils die Aufzählung der konkreten Forderungen.



Die 12 Forderungsbereiche:

1

Ehrenamt, Engagement und Freiwilligendienste

2

Jugendarbeit und Jugendverbandsarbeit

3

Sicherheit

4

Gesundheit

5

Nachhaltigkeit und Umweltschutz

6

Schulische Bildung

7

Digitalisierung und Medien

8

Bürokratieabbau

9

Partizipation und Beteiligung

10

Mobilität

11

Berufliche Perspektiven

12

Demokratieförderung

Das Wichtigste auf den ersten Blick

Auch jungen Menschen ist klar, dass Politik komplex ist und auf Kompromissen aufbaut. Es müssen die Forderungen und Bedarfe vieler Gruppen berücksichtigt werden. Nicht alles, was man fordert, kann auch immer umgesetzt werden.



FOLGENDE

10

FORDERUNGEN
SIND UNS ABER
BESONDERS
WICHTIG!

Stärkung der
Jugendverbands-
arbeit

Schaffung einer festen Stelle für Jugendverbandsreferent*innen im Umfang von 1 VbE in jedem Jugendverband in Sachsen-Anhalt sowie Anpassung der Förderung, um eine faire Vergütung von mindestens TV-L 10 für Jugendverbands- und Jugendbildungsreferent*innen zu gewährleisten und angemessene Arbeitsbedingungen sicherzustellen.

Jugendverbände
als Werkstätten
der Demokratie

müssen stärker anerkannt und gefördert werden. Jugendverbände müssen bei aktuellen politischen Themen und Problemen echte Mitbestimmungsmöglichkeiten erhalten, um die Anliegen junger Menschen und ihre Perspektiven in den politischen Entscheidungsprozess einzubringen.

Mehrjährige
Förderungen
ohne Hürden

Schaffung einer mehrjährigen und verlässlichen Förderung von Maßnahmen und Projekten mit entsprechend ausgestatteten Verpflichtungsermächtigungen, basierend auf sinnvollen und auskömmlichen Pauschalen sowie Festbeträgen ohne Eigenanteile und die Notwendigkeit einer Vorfinanzierung. Anhebung der Schwellenwerte für einfache Verwendungsnachweise und Vereinfachung der Haushaltspläne, um die Arbeit der Träger zu erleichtern.

Stärkung
interkultureller
Kompetenz

Förderung des Wissens über Religionen und Kulturen in Schulen und öffentlichen Institutionen sowie Ausbau interkultureller Schulungen für Behörden wie Polizei, Verwaltung und Bundeswehr, um Vielfalt anzuerkennen und Diskriminierung zu reduzieren.



Konstante Förderung von Demokratieförderprojekten

Das Land muss eine konstante Förderung von Projekten zur Demokratieförderung gewährleisten. Dies umfasst die Unterstützung von Projekten für Kitas, Schulen, mobile Opferberatungsdienste, Ausstiegsberatungen sowie Beratungen für Menschen im Nahumfeld von extremistischen Personen.

Wahlalter senken

Eine Vielzahl junger Menschen wird qua Gesetz von Wahlen ausgeschlossen. Das Wahlalter bei Kommunal- und Landtagswahlen muss für das aktive und passive Wahlrecht auf 14 Jahre gesenkt werden. Junge Menschen, die vor ihrem 14. Lebensjahr wählen wollen, erhalten das aktive Wahlrecht auf Antrag.

Unbürokratische Unterstützung von Jugendbildungsstätten

Umwandlung der Förderung in einen Betriebskostenzuschuss, der Personal- und Sachkosten individuell nutzbar macht, mit einer Mindestförderung von 200.000 Euro pro Jahr und Einrichtung. Die Mittel müssen mit 3 % pro Jahr dynamisiert werden.

Langfristige Förderung von Ferienfreizeiten

Sicherstellung einer langfristigen und umfassenden Förderung von Ferienfreizeiten, die auch Maßnahmen im Ausland einschließt.

Bildungsangebote für Medienkompetenz erweitern und Peer-Ansätze fördern

Förderung von Programmen zur Vermittlung von Medienkompetenz, darunter der Umgang mit Fake News, Künstlicher Intelligenz und digitalen Tools. Stärkung von Peer-to-Peer-Programmen zur Vermittlung von Medienkompetenz für Gleichaltrige und Fachkräfte.

Attraktiver und zuverlässiger ÖPNV

Sicherstellung eines gut ausgebauten, zuverlässigen ÖPNV mit einem verlässlichen Fahrplan, der durch digitale Services wie WLAN und Ladeinfrastruktur attraktiver gestaltet wird, um mehr Menschen zur Nutzung zu bewegen und den Autoverkehr zu reduzieren.

12 FORDERUNGEN

junger Menschen
zur Landtagswahl 2026



1

Ehrenamt, Engagement und Freiwilligendienste

Junge Menschen leisten einen wertvollen Beitrag zum gesellschaftlichen Zusammenhalt, sei es als Fußballtrainer*in, in der jungen Gemeinde, in der Jugendfeuerwehr, im Jugendparlament, als Schulsanitäter*in oder bei Freiwilligendiensten. Durch ihre Arbeit übernehmen sie Verantwortung, bilden sich weiter und schaffen Räume für ein solidarisches Miteinander. Es liegt in unserer gemeinsamen Verantwortung, diese Bereitschaft zum Engagement zu fördern und nachhaltig zu unterstützen. Dieses Engagement erfordert dabei nicht nur Zeit, sondern oft auch finanzielle Mittel.

Unsere Vision für 2030 ist ein Sachsen-Anhalt, in dem Freiwilligendienste flächendeckend attraktiv und zugänglich sind. Einheitliche und bedarfsgerechte Taschengelder, kostenfreie Nutzung des ÖPNV und eine gute pädagogische Betreuung sorgen dafür, dass finanzielle Hürden für niemanden ein Hindernis darstellen, einen Freiwilligendienst aufzunehmen. Das Land hat auf Bundesebene ein Recht auf einen Freiwilligendienst angeregt. Die *juleica* ist als anerkanntes Zeichen der Wertschätzung mit attraktiven Vergünstigungen gestärkt. Zudem erleichtern angepasste Freistellungsregelungen die Vereinbarkeit von Ehrenamt, Beruf und Studium, während Engagement als Kompetenzgewinn anerkannt wird. Ehrenamtliche können sicher sein, dass ihre Ausgaben erstattet werden.

DAHER FORDERN WIR FÜR DIE LANDTAGSWAHL 2026 ...



- **juleica stärken und junges Engagement fördern:** Die Vergünstigungen der *juleica* müssen als Instrument der Wertschätzung für das Engagement junger Menschen ausgebaut und sichtbar gemacht werden. Landeseigene Einrichtungen können hier als gutes Beispiel mit Vergünstigungen vorangehen.
- **Freistellung und Anerkennung in Beruf und Studium:** Die Möglichkeiten zur Freistellung von Ehrenamtlichen in der Jugendarbeit müssen ausgebaut werden. Dazu muss das Jugendarbeitsfreistellungsgesetz überarbeitet werden, um bürokratische Hürden zu reduzieren und Ausgleichszahlungen attraktiver zu machen. Ehrenamtliches Engagement muss als wichtiger Ort des Kompetenzerwerbs bei Studienbewerbungen, Praktika und im Berufsleben berücksichtigt werden.
- **Attraktivität des Freiwilligendienstes steigern und Kapazitäten ausbauen:** Hierfür bedarf es eines einheitlichen und sozial gerechten Taschengeldes, kostenfreier Nutzung des ÖPNV, gut finanzierter pädagogischer Betreuung und der Vermeidung finanzieller Hürden für Freiwillige. Die Freiwilligendienstplätze in Sachsen-Anhalt müssen an die tatsächlichen Bedarfe angepasst und deutlich über den Stand von 2017/2018 ausgebaut und sicher sowie langfristig finanziert werden. Statt auf einen bevormundenden Pflichtdienst zu setzen, muss ein Rechtsanspruch auf einen Platz in einem Freiwilligendienst eingeführt werden.
- **Kostenerstattung:** Die Vereine und Verbände in Sachsen-Anhalt müssen in die Lage versetzt werden, die Kosten, die ihren Ehrenamtlichen durch ihr Engagement entstehen, zu kompensieren. Engagement muss man sich aktuell leisten können. Hier bedarf es attraktiver Ehrenamtpauschalen.
- **Engagement-Strategie weiterentwickeln:** Die landesweite Engagement-Strategie muss weiterentwickelt werden. Ziel muss eine wirkungsvolle und praxisnahe Strategie sein, welche die Rahmenbedingungen für Ehrenamtliche maßgeblich verbessert.

2

Jugendarbeit und Jugendverbandsarbeit

Kinder- und Jugendarbeit schaffen Räume, in denen junge Menschen ihre Freizeit gestalten, Freundschaften knüpfen und sich ausprobieren und weiterbilden können – sei es im Jugendclub, auf Ferienfreizeiten, bei Jugendbildungsmaßnahmen oder in regelmäßigen Gruppenstunden. Jugendverbände, egal welcher Ausrichtung oder Schwerpunkte, bieten jungen Menschen die Möglichkeit, Verantwortung zu übernehmen, etwa als Gruppenleiter*innen oder in der Verbandsleitung. Dabei setzen sie sich aktiv für die Interessen junger Menschen ein und tragen so zum gesellschaftlichen Zusammenhalt bei.

Unsere Vision für 2030 ist eine Jugendarbeit in Sachsen-Anhalt, die flächendeckend stark, inklusiv und vielfältig aufgestellt ist. Jugendverbände, Jugendarbeit und kommunale Jugendringe sind personell und finanziell gut ausgestattet, um junge Menschen in ihrem Engagement zu fördern und zu begleiten. Ferienfreizeiten und internationale Jugendarbeit werden als wichtige Bildungs- und Gemeinschaftserlebnisse umfassend unterstützt. Jugendbildungsstätten verfügen über die nötigen Ressourcen, um die notwendige Infrastruktur zur Verfügung zu stellen. Durch inklusiv gestaltete Angebote und armutssensible Ansätze wird sichergestellt, dass alle jungen Menschen Zugang zu diesen wichtigen Angeboten haben – unabhängig von ihrer sozialen oder wirtschaftlichen Situation.

DAHER FORDERN WIR FÜR DIE LANDTAGSWAHL 2026 ...



- **Stärkung der Jugendverbandsarbeit:** Schaffung einer festen Stelle für Jugendverbandsreferent*innen im Umfang von 1 VbE in jedem Jugendverband in Sachsen-Anhalt sowie Anpassung der Förderung, um eine faire Vergütung von mindestens TV-L 10 für Jugendverbands- und Jugendbildungsreferent*innen zu gewährleisten und angemessene Arbeitsbedingungen sicherzustellen.
- **Stärkung der kommunalen Jugendarbeit und Jugendringe:** Erhöhung der Landesmittel für örtliche Maßnahmen der Kinder- und Jugendhilfe um 6 Millionen Euro pro Jahr sowie gezielte Bereitstellung von Mitteln und Ressourcen zur Förderung und Weiterentwicklung kommunaler Jugendringe. Die Mittel müssen mit 3 % pro Jahr dynamisiert werden.
- **Langfristige Förderung von Ferienfreizeiten:** Sicherstellung einer langfristigen und umfassenden Förderung von Ferienfreizeiten, die auch Maßnahmen im Ausland einschließt.
- **Inklusive und armutssensible Ausgestaltung der Jugendarbeit:** Einrichtung eines Fonds zur Unterstützung von inklusiven Maßnahmen in der Jugendarbeit. Eine Gewährleistung kostenloser Angebote sichert die Teilhabe aller junger Menschen. Auch der Transport von Teilnehmenden aus ländlichen Regionen soll hiermit gefördert werden. Gleichzeitig müssen Ehrenamtliche und Hauptamtliche u. a. durch Schulungen gezielt für armutssensible und inklusive Ansätze in der Jugendarbeit sensibilisiert werden.
- **Ausbau der internationalen Jugendarbeit:** Bereitstellung zusätzlicher Mittel für Maßnahmen und struktursichernde Stellen in der internationalen Jugendarbeit.
- **Unbürokratische Unterstützung von Jugendbildungsstätten:** Umwandlung der Förderung in einen Betriebskostenzuschuss, der Personal- und Sachkosten individuell nutzbar macht, mit einer Mindestförderung von 200.000 Euro pro Jahr und Einrichtung. Die Mittel müssen mit 3 % pro Jahr dynamisiert werden.

3

Sicherheit

Sicherheit hat viele Facetten. Sie umfasst das Gefühl von Schutz und Freiheit – sowohl im öffentlichen Raum als auch im privaten Umfeld. Sie bedeutet, dass jede*r ohne Angst vor Übergriffen, Diskriminierung oder Gewalt leben kann. Dazu gehört, dass Straftaten konsequent verfolgt werden, Betroffene Unterstützung erhalten und Prävention gestärkt wird. Ebenso braucht es Schutz vor globalen Herausforderungen wie Krieg oder Naturkatastrophen. Eine sichere Gesellschaft erkennt Vielfalt an und schafft Rahmenbedingungen, die allen Menschen ein angstfreies Leben ermöglichen.

Unsere Vision für das Jahr 2030 ist eine Gesellschaft, in der junge Menschen sicher aufwachsen. Städte sind so gestaltet, dass sie Diversität und Sicherheit für alle Menschen – besonders für FLINTA*-Personen – fördern. In einer sicheren Stadt gibt es keine Angsträume, und jede*r hat Zugang zu Unterstützung, wenn sie oder er Gewalt erfährt. Interkulturelle Kompetenz ist in Schulen und Behörden tief verankert, Diskriminierung wird aktiv entgegengewirkt. Junge Menschen können sich in einer sicheren, inklusiven und gerechten Gesellschaft frei entfalten und ihre Zukunft ohne übermäßige Ängste und Unsicherheiten gestalten.

DAHER FORDERN WIR FÜR DIE LANDTAGSWAHL 2026 ...

- **Abbau von Zukunftsängsten:** Entwicklung und Förderung gezielter Aufklärungsmaßnahmen zu globalen Krisen wie Krieg und Klimawandel sowie zur Stärkung sozialer Absicherung und Bildungschancen, um Ängste insbesondere bei jungen Menschen zu verringern.
- **Inklusive Stadtentwicklung:** Gestaltung von Städten, die Diversität berücksichtigen und Sicherheit für FLINTA*-Personen fördern. Dazu gehören geschlechtersensible Planungsansätze, die Berücksichtigung von Diversität in der Stadtentwicklung sowie die Identifikation und Beseitigung von Angsträumen, etwa durch verbesserte Beleuchtung und Präsenz von Sicherheitspersonal.
- **Stärkung interkultureller Kompetenz:** Förderung des Wissens über Religionen und Kulturen in Schulen und öffentlichen Institutionen sowie Ausbau interkultureller Schulungen für Behörden wie Polizei, Verwaltung und Bundeswehr, um Vielfalt anzuerkennen und Diskriminierung zu reduzieren.
- **Schutz vor Gewalt und Unterstützung für Betroffene:** Entwicklung und Förderung präventiver Programme gegen Gewalt an jungen Menschen sowie Schaffung niedrigschwelliger Hilfsangebote mit einem speziellen Blick auf die Bedürfnisse junger Menschen, wie Beratungsstellen und Opferschutzprogramme.



4

Gesundheit

Gesundheit ist ein Grundpfeiler eines guten Lebens. Eine schnelle und verlässliche Versorgung – ob bei akuten oder chronischen Erkrankungen – ist essenziell. Gesundheit beginnt jedoch schon mit der Vorsorge: durch regelmäßige Arztbesuche, präventive Programme, Bewegung und eine ausgewogene Ernährung.

Unsere Vision für das Jahr 2030 ist eine Gesundheitsversorgung in Sachsen-Anhalt, die allen jungen Menschen flächendeckend und bedarfsgerecht zugänglich ist. Präventive Angebote, moderne Sport- und Bewegungsräume sowie digitale Lösungen wie Online-Therapien sorgen für eine innovative und inklusive Gesundheitsversorgung. Junge Menschen sollen in einer Umgebung aufwachsen, die ihre körperliche und psychische Gesundheit stärkt – sei es durch präventive Maßnahmen, besseren Zugang zu medizinischer und psychotherapeutischer Versorgung oder Schulsport, der Freude an Bewegung vermittelt und langfristig für ein aktives Leben begeistert.

DAHER FORDERN WIR FÜR DIE LANDTAGSWAHL 2026 ...

- **Gesundes Aufwachsen ermöglichen:** Bereitstellung umfassender Angebote für ein gesundes Aufwachsen junger Menschen, darunter der Ausbau und die Sanierung von Sport- und Bewegungsräumen sowie die Förderung präventiver Gesundheitsprogramme.
- **Psychotherapeutische Angebote ausbauen:** Ausbau und flächendeckende Förderung psychotherapeutischer Angebote für junge Menschen durch zusätzliche Stellen, bessere Vergütung und den Ausbau von Online-Therapie-Angeboten, um Wartezeiten zu reduzieren und dem stark gestiegenen Bedarf gerecht zu werden.
- **Gesundheitsförderung im Schulsport:** Neuausrichtung des Schulsports mit einem Fokus auf Gesundheitsprävention und Freude an Bewegung, um Leistungsdruck abzubauen.
- **Medizinische Versorgung sicherstellen:** Verbesserung der Versorgung durch Fach- und Allgemeinmediziner*innen, unterstützt durch eine flächendeckende digitale Terminvergabe. Für die spezifischen medizinischen Bedürfnisse junger Menschen ist gesondert Vorsorge zu treffen.



5

Nachhaltigkeit und Umweltschutz

Junge Menschen haben das Thema Nachhaltigkeit in den Mittelpunkt der gesellschaftlichen Debatte gerückt. Bewegungen wie Fridays for Future machen mit Forderungen wie „Runter mit der Kohle, hoch mit dem Klimaschutz!“ deutlich, dass entschlossenes Handeln nötig ist, um die Klimaziele zu erreichen und die Natur zu bewahren. Nachhaltigkeit betrifft dabei alle Lebensbereiche – von Wirtschaft und Verkehr über Bildung bis hin zum Umweltschutz. Es ist klar: Wenn wir die Klimaziele erreichen und den fortschreitenden Klimawandel eindämmen wollen, müssen wir jetzt handeln.

Unsere Vision für das Jahr 2030 ist eine Gesellschaft, die Nachhaltigkeit in allen Politikfeldern konsequent umsetzt. Bildung für nachhaltige Entwicklung ist in Schulen und außerschulischen Angeboten fest verankert. Die Energiewende ist weit fortgeschritten, und nachhaltige Produkte sind für alle Menschen erschwinglich. Lebensmittelverschwendung gehört der Vergangenheit an, und transparente Kennzeichnungssysteme erleichtern den Zugang zu gesunden, nachhaltigen Produkten. Junge Menschen sind aktiv in Strukturwandelprozesse eingebunden und können so ihre Zukunft aktiv mitgestalten.

DAHER FORDERN WIR FÜR DIE LANDTAGSWAHL 2026 ...

- **Nachhaltigkeitsbildung fördern:** Ausbau der Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE) in Schulen und außerschulischen Angeboten durch verpflichtende Lehrinhalte, Fortbildungen und Projekte.
- **Kohleausstieg vorantreiben:** Beschleunigung des Kohleausstiegs durch Förderung erneuerbarer Energien.
- **Nachhaltige Lebensmittel fördern und Verschwendung vermeiden:** Einführung eines klaren Kennzeichnungssystems für gesunde und nachhaltige Lebensmittel, Anpassung der Förderstrukturen zur Unterstützung regionaler und ökologischer Produkte in der Kinder- und Jugendhilfe sowie gezielte Maßnahmen zur Förderung von unverpackten Lebensmitteln und Initiativen zur Lebensmittelrettung durch steuerliche Anreize und rechtliche Rahmenbedingungen.
- **Nachhaltigkeit für alle:** Sicherstellung, dass nachhaltige Produkte und Dienstleistungen für alle Menschen, unabhängig von ihrer sozio-ökonomischen Situation, erschwinglich sind.
- **Jugendbeteiligung im Strukturwandel stärken:** Feste Beteiligungsgremien und jugendgerechte Verfahren zur Mitbestimmung bei Strukturwandelprozessen und der Endlagersuche.



6

Schulische Bildung

Schule ist mehr als ein Ort des Lernens – sie ist eine zentrale Lebenswelt für junge Menschen. Hier werden nicht nur Grundlagen für die berufliche Zukunft gelegt, sondern auch soziale Kompetenzen und Werte vermittelt. In einer immer diverser und digitaler werdenden Gesellschaft steht die Schule vor der Aufgabe, allen Schüler*innen gerecht zu werden und sie optimal auf die Herausforderungen des Lebens vorzubereiten. Dabei spielen Schulsozialarbeit und moderne, digitale Lernformen eine entscheidende Rolle.

Im Jahr 2030 wird der Bildungssektor den Bedürfnissen aller Schüler*innen gerecht. Der Lehrkräftemangel ist durch attraktive Arbeitsbedingungen und ausreichende Ressourcen überwunden. Schulsozialarbeit ist flächendeckend und dauerhaft finanziert. Lebensnahe Lehrpläne bereiten junge Menschen praxisnah auf Selbstständigkeit und gesellschaftliche Teilhabe vor, während verpflichtende politische Bildungsangebote die Demokratiekompetenz stärken. Notensysteme wurden reformiert, und alternative Bewertungsmethoden schaffen mehr Raum für individuelle Stärken. Alle Schüler*innen genießen ein kostenfreies, gesundes Schulesen, und Partizipation ist fest in den Schulalltag integriert. Gestärkte Schüler*innenvertretungen und Mitgestaltungskonzepte ermöglichen demokratische Erfahrungen und echte Mitbestimmung. Die Kooperation von schulischen und außerschulischen Partner*innen auf Augenhöhe ist selbstverständlich. So wird Bildung zur Grundlage für ein erfolgreiches und verantwortungsbewusstes Leben.

DAHER FORDERN WIR FÜR DIE LANDTAGSWAHL 2026 ...



- **Überprüfung der Notwendigkeit früher Selektion und Notengebung:** Gemeinsames Lernen bis mindestens Klasse 10. Evaluierung alternativer Bewertungsmethoden und Überprüfung des bestehenden Bewertungssystems, noch stärkere Öffnung der Schule in den Sozialraum.
- **Sofortige Maßnahmen zur Besetzung freier Lehrkräfte-Stellen und Steigerung der Attraktivität:** Bereitstellung von zusätzlichen Mitteln und Anreizen, um den Lehrkräftemangel zu beheben. Reduzierung der Verwaltungsaufgaben und Bereitstellung von mehr Zeit für die pädagogische Arbeit und Fortbildung.
- **Verstetigung und bedarfsgerechte Förderung der Schulsozialarbeit:** Sicherstellung einer dauerhaften und verbindlichen Finanzierung der Schulsozialarbeit durch das Land.
- **Lebensnahe Lehrpläne und Stärkung der politischen Bildung:** Schulen sollten lebensnahe Lehrpläne einführen, die Inhalte wie staatsrechtliche, sozialpartnerschaftliche und ökonomische Bildung stärker integrieren, um junge Menschen auf Selbstständigkeit, Steuern und die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen vorzubereiten. Es müssen verpflichtende politische Bildungsangebote angeboten werden, um allen Schüler*innen demokratische Teilhabe zu ermöglichen.
- **Kostenloses Schulesen für alle Schüler*innen:** Sicherstellung einer gesunden und nahrhaften Verpflegung in der Schule ohne finanzielle Hürden.
- **Förderung der Partizipation von Schüler*innen:** Entwicklung umfassender Partizipationskonzepte und Unterstützung von Schüler*innenmedien mit dem Ziel, Mitgestaltung und demokratische Lernerfahrungen bereits in der Schule zu vermitteln und zu leben. Zusätzlich müssen die Schüler*innenvertretungen gestärkt werden durch die Einführung von Drittelparität in allen Schulkonferenzen und strukturelle Unterstützung der Schüler*innenräte.
- **Kooperation von schulischer und außerschulischer Bildung stärken:** Schule und außerschulische Partner*innen sind finanziell und strukturell so ausgestattet, dass ein partnerschaftliches Arbeiten beider Systeme gefördert wird.

7

Digitalisierung und Medien

Für junge Menschen sind digitale Medien ein fester Bestandteil ihres Alltags – sie kommunizieren, spielen und lernen online. Plattformen wie WhatsApp, TikTok oder Discord prägen ihre sozialen Interaktionen, während digitale Technologien das Lernen in Schule und Ausbildung grundlegend verändern. Damit alle von diesen Entwicklungen profitieren können, müssen die notwendigen Kompetenzen gefördert und die digitale Infrastruktur ausgebaut werden.

Im Jahr 2030 profitieren junge Menschen in Sachsen-Anhalt von einer umfassenden digitalen Infrastruktur mit flächendeckender Netzabdeckung, Glasfaseranschlüssen und kostenfreiem öffentlichen WLAN. Regelmäßige Workshops und Weiterbildungen in Jugendclubs stärken die digitalen Kompetenzen von Fachkräften und Jugendlichen gleichermaßen. Bildungsangebote zur Medienkompetenz bereiten auf den Umgang mit Fake News, KI und digitalen Tools vor, wobei Peer-to-Peer-Ansätze die Vermittlung auf Augenhöhe fördern. Schulen setzen auf staatlich geförderte, hochwertige digitale Lernmittel, um Bildungsgerechtigkeit zu schaffen. So wird Digitalisierung zur Grundlage für Chancengleichheit und aktive Teilhabe in einer digitalen Gesellschaft.

DAHER FORDERN WIR FÜR DIE LANDTAGSWAHL 2026 ...



- **Junge Menschen und Fachkräfte in ihrer digitalen Kompetenz stärken:** Bereitstellung von finanziellen Mitteln für regelmäßige Workshops, Weiterbildung und Beratung in Jugendclubs, um digitale Kompetenzen bei jungen Menschen und Fachkräften zu entwickeln und zu stärken.
- **Bildungsangebote für Medienkompetenz erweitern und Peer-Ansätze fördern:** Förderung von Programmen zur Vermittlung von Medienkompetenz, darunter der Umgang mit Fake News, Künstlicher Intelligenz und digitalen Tools. Stärkung von Peer-to-Peer-Programmen zur Vermittlung von Medienkompetenz für Gleichaltrige und Fachkräfte.
- **Investitionen in digitale Infrastruktur:** Aufbau von Förderstrukturen, um die digitale Ausstattung in der offenen Kinder- und Jugendarbeit nachhaltig zu verbessern.
- **Flächendeckende Netzabdeckung und kostenloses öffentliches WLAN sicherstellen:** Ausbau des Breitbandnetzes und der Glasfaseranschlüsse bis in die entlegensten Regionen Sachsen-Anhalts, um allen Zugang zu schnellem Internet zu ermöglichen. Einrichtung von kostenfreiem WLAN an zentralen Ankerpunkten in Städten und Gemeinden, um digitale Teilhabe zu fördern.
- **Bezuschussung digitaler Lernmittel:** Staatliche Förderung qualitativ hochwertiger digitaler Lernmaterialien für alle Schüler*innen, um Bildungsgerechtigkeit zu schaffen.

8

Bürokratieabbau

Bürokratische Prozesse regeln viele Aspekte des Alltags – vom Beantragen eines Ausweises bis hin zur Organisation von Projekten in der Jugendarbeit. Doch komplizierte Vorschriften und kleinteilige Abläufe erschweren oft den Zugang zu wichtigen Leistungen. Besonders in der Jugendarbeit sind Fördermittelanträge und die spätere Abrechnung zeitaufwändig und ressourcenintensiv. Ein effizienter Bürokratieabbau ist daher essenziell, um den Fokus wieder auf Inhalte und Projekte zu lenken.

Im Jahr 2030 profitieren Jugendverbände und Träger von einer verlässlichen und mehrjährigen Förderung ohne Eigenanteile oder Vorfinanzierungspflichten. Vereinfachte Verwendungsnachweise und Haushaltspläne reduzieren den Verwaltungsaufwand erheblich. Förderprozesse sind vollständig digitalisiert und anwenderfreundlich gestaltet, entwickelt in enger Zusammenarbeit mit den Trägern. Eine serviceorientierte Verwaltung setzt auf partnerschaftliche Kommunikation und unterstützt aktiv bei Anträgen. So werden bürokratische Hürden abgebaut und die frei gewordenen Ressourcen können für die eigentlichen Projekte genutzt werden.

DAHER FORDERN WIR FÜR DIE LANDTAGSWAHL 2026 ...



- **Mehrjährige Förderungen ohne Hürden:** Schaffung einer mehrjährigen und verlässlichen Förderung von Maßnahmen und Projekten mit entsprechend ausgestatteten Verpflichtungsermächtigungen, basierend auf sinnvollen und auskömmlichen Pauschalen sowie Festbeträgen ohne Eigenanteile und die Notwendigkeit einer Vorfinanzierung. Anhebung der Schwellenwerte für einfache Verwendungsnachweise und Vereinfachung der Haushaltspläne, um die Arbeit der Träger zu erleichtern.
- **Förderpraxis gemeinsam verbessern und digitaler machen:** Einbindung der Träger in die Anpassung der Förderpraxis, da sie als Expert*innen wertvolle Einblicke in bestehende Hürden und Herausforderungen der Verwaltungsprozesse bieten. Entwicklung digitaler Anwendungen für Förderprozesse in enger Zusammenarbeit mit den betroffenen Trägern, um deren Praxistauglichkeit sicherzustellen.
- **Serviceorientierte und digitale Verwaltung, die auf direkte Kommunikation setzt:** Förderung einer proaktiven und lösungsorientierten Verwaltung, die auf Antragstellende zugeht und Anträge anwenderfreundlich digital gestaltet. Dabei sollte die Verwaltung ihr Ermessen im Sinne des Landesinteresses und der Träger nutzen und partnerschaftlich auf Augenhöhe mit den Antragstellenden kommunizieren.

9

Partizipation und Beteiligung

Ob als Klassensprecher*in, in Jugendvertretungen, im Jugendparlament oder im Jugendverband – junge Menschen möchten und sollen bei Entscheidungen, die sie betreffen, mitreden. Doch Partizipation erfordert mehr als das bloße Wahlrecht. Es braucht Strukturen, die Mitbestimmung ermöglichen, und Erwachsene, die jungen Menschen auf Augenhöhe begegnen und ihre Stimmen ernst nehmen. Nur so wird Beteiligung zur gelebten Realität, die Demokratie stärkt und den Bedürfnissen junger Menschen gerecht wird.

Im Jahr 2030 ist Partizipation junger Menschen ein fester Bestandteil des gesellschaftlichen Lebens. Ein verbindlicher Beteiligungs-Paragraf im Kommunalverfassungsgesetz nur für junge Menschen sichert Mitbestimmungsrechte in ihren Kommunen. Politik und Verwaltung informieren aktiv über Beteiligungsmöglichkeiten und laden junge Menschen zu Konsultationen ein. Fördertöpfe stehen ihnen direkt zur Verfügung, um eigene Projekte zu realisieren und Eigeninitiative zu stärken. Barrieren wie komplizierte Prozesse oder finanzielle Hürden wurden abgebaut, und jugendgerechte Kommunikation ist selbstverständlich. In allen Kommunen gibt es frei zugängliche Räume, die Jugendliche eigenständig gestalten und nutzen können. So wird Teilhabe für alle ermöglicht und Demokratie von Grund auf gelebt.

DAHER FORDERN WIR FÜR DIE LANDTAGSWAHL 2026 ...



- **Partizipation als gelebte Praxis etablieren:** Die Partizipation junger Menschen im Alltag und insbesondere in ihrem direkten Umfeld, in den Kommunen, stärken. Schaffung eines eigenen Beteiligungs-Paragrafen für junge Menschen mit höchster Verbindlichkeit im Kommunalverfassungsgesetz (KVG).
- **Jugendinformation und Konsultation ausbauen:** Schaffung und Erweiterung von Angeboten der Politik und Verwaltung sowie politischer Bildung, die junge Menschen über Beteiligungsmöglichkeiten informieren und aktiv zur Mitgestaltung einladen. Verbindliche und ernstgemeinte Einbindung junger Menschen in Entscheidungsprozesse, beispielsweise durch Konsultationen und Anhörungen zu politischen Beschlüssen, die sie betreffen.
- **Fördertöpfe für junge Menschen zugänglich machen:** Einführung von Fördertöpfen, die von jungen Menschen verwaltet und für Projekte von Jugendlichen genutzt werden können, um Eigeninitiative und Mitgestaltung zu fördern.
- **Barrieren für Beteiligung abbauen:** Abbau sprachlicher, ökonomischer und prozessualer Hürden durch verständliche Kommunikation, Armutssensibilität und einfachere Strukturen, um Jugendlichen Partizipation zu erleichtern.
- **Aneignungsräume für Jugendliche schaffen:** Kommunen sollen verpflichtet werden, frei zugängliche Räume für Jugendliche bereitzustellen, die sie eigenständig gestalten und nutzen können.

Ob Bus, Bahn, Fahrrad oder E-Roller – Mobilität ist ein wesentlicher Bestandteil des Lebens junger Menschen. Für viele bedeutet sie Freiheit und Selbstständigkeit: der Weg zur Schule, zur Ausbildung oder zum Freizeitangebot. Doch wenn Busse und Bahnen nicht fahren, Eltern oder Freund*innen nicht einspringen können und das Ticket zu teuer ist, wird Mobilität schnell zur Herausforderung. Sicherheit spielt ebenfalls eine zentrale Rolle: Dunkle Bahnhöfe oder Landstraßen ohne Radwege schrecken viele junge Menschen ab. Ein modernes Mobilitätsangebot muss zuverlässig, erschwinglich und sicher sein, um jungen Menschen echte Teilhabe zu ermöglichen.

Unsere Vision für das Jahr 2030 ist ein Sachsen-Anhalt mit innovativen und nachhaltigen Mobilitätslösungen für junge Menschen. Der öffentliche Nahverkehr ist flächendeckend gut ausgebaut, zuverlässig und für junge Menschen kostenfrei oder stark vergünstigt. Attraktive Angebote wie WLAN in Bussen und Bahnen oder praktische digitale Services machen den ÖPNV zur ersten Wahl. Sichere und beleuchtete Fahrradwege verbinden Wohngebiete mit Schulen, Ausbildungsstätten und Freizeiteinrichtungen, während moderne Abstellmöglichkeiten und Mitnahmeservices die Nutzung von Bus, Bahn und Fahrrad kombinieren. Junge Menschen können sich in jeder Region des Landes sicher und unabhängig bewegen – egal ob auf dem Land oder in der Stadt.

DAHER FORDERN WIR FÜR DIE LANDTAGSWAHL 2026 ...

- **Attraktiver und zuverlässiger ÖPNV:** Sicherstellung eines gut ausgebauten, zuverlässigen ÖPNV mit einem verlässlichen Fahrplan, der durch digitale Services wie WLAN und Ladeinfrastruktur attraktiver gestaltet wird, um mehr Menschen zur Nutzung zu bewegen und den Autoverkehr zu reduzieren.
- **Kostenfreier oder vergünstigter ÖPNV:** Einführung eines kostenlosen oder stark vergünstigten ÖPNV-Tickets für Schüler*innen, Freiwilligendienstleistende, Studierende, Auszubildende und Ehrenamtliche (z. B. Juleica), ergänzt durch umfassende Berechtigungen wie Nutzung in den Ferien, an Wochenenden und über Landkreisgrenzen hinweg. Ein erster Schritt wäre die Einführung einer speziellen vergünstigten Variante des Deutschlandtickets für junge Menschen und Menschen, die in der Kinder- und Jugendarbeit ehrenamtlich tätig sind.
- **Jugendgerechte Mobilitätslösungen:** Entwicklung individueller Mobilitätskonzepte für junge Menschen, einschließlich Zuschüsse für Fahrräder, Leihmöglichkeiten sowie einer besseren Kombination von Bus/Bahn und Fahrrad durch sichere Abstellplätze und Mitnahmemöglichkeiten.
- **Sicherer Verkehr für alle:** Ausbau und Verbesserung von Verkehrswegen, einschließlich sicherer Fahrradwege an Bundesstraßen sowie ausreichend beleuchteter Rad- und Fußwege, um die Sicherheit insbesondere in den Abend- und Nachtstunden zu erhöhen.



11

Berufliche Perspektiven

Die Wahl des Berufs und die Möglichkeit zur Weiterbildung prägen entscheidend den Lebensweg eines Menschen. Sie bieten finanzielle Absicherung, gesellschaftliche Teilhabe und individuelle Selbstverwirklichung. Doch die sich wandelnde Arbeitswelt verlangt zunehmend Flexibilität, Weiterbildung und Anpassungsfähigkeit. Um diese Herausforderungen zu meistern, müssen berufliche Ausbildungswege zugänglicher, fairer und zukunftsfähiger gestaltet werden.

Im Jahr 2030 sind landesrechtlich geregelte, schulische Ausbildungswege vollständig gebührenfrei, insbesondere in Gesundheits- und Sozialberufen. Ein Landesgesetz regelt angemessene Vergütungen für schulische Ausbildungsgänge oder Weiterbildungen in Landesverantwortung und stärkt so deren Attraktivität. Praktika werden durch verbindliche Qualitätsstandards und Prämien aufgewertet, und der Übergang und der Einstieg in Ausbildung werden durch ganzheitliche und bedarfsorientierte Angebote gewährleistet. Ein landeseigener Ausbildungsunterstützungsfonds mit einer verbindlichen Abgabe der Unternehmen und der öffentlichen Arbeitgeber*innen sichert die finanzielle Grundlage für Ausbildungsplätze und ermöglicht allen jungen Menschen gleiche Chancen. Mit diesen Maßnahmen wird die berufliche Bildung zu einer stabilen Basis für gesellschaftliche Teilhabe und individuelle Entwicklung.

DAHER FORDERN WIR FÜR DIE LANDTAGSWAHL 2026 ...



- **Abschaffung von Schulgeldern für vollzeitschulische Berufsausbildung:** Schulgelder für vollzeitschulische Berufsausbildungen, insbesondere in Gesundheits- und Sozialberufen in Landesverantwortung, müssen dauerhaft abgeschafft werden, um finanzielle Barrieren für Auszubildende zu beseitigen. Die zumindest zeitweise Abschaffung der Schulgelder in erzieherischen Berufen ist hier ein erster Schritt in die richtige Richtung.
- **Einführung von Ausbildungsvergütungen durch Landesgesetz:** Verabschiedung eines Landesgesetzes, das die Einführung von Ausbildungsvergütungen für schulische Aus- und Weiterbildungsgänge in Gesundheits- und Sozialberufen nach Landesrecht regelt und somit deren Attraktivität steigert.
- **Bedarfsorientierte und vernetzte Angebote für den Übergang und den Einstieg in berufliche Ausbildung:** Die zahlreichen Projekte und Angebote zur Übergangsgestaltung von Schule in Ausbildung, in Landes- und Kommunalverantwortung, aber auch Angebote der Ausbildungsberatung der Agenturen für Arbeit müssen besser vernetzt und kontinuierlich gefördert werden.
- **Erweiterte Begleitung nach dem Ausbildungsvertrag:** Projekte wie „Regio Aktiv“ sollten die berufliche Orientierung und Begleitung über den Ausbildungsvertrag hinaus fortsetzen, um Auszubildende auch nach Vertragsabschluss zu unterstützen.
- **Berufliche Orientierung auf einen gemeinsamen Mindeststandard aufbauen:** Junge Menschen sollen in allen allgemeinbildenden Schulformen eine vergleichbare berufliche Orientierung, angelehnt an das Landesfachkonzept BRAFO (Berufliche Orientierung Richtig Angehen – Frühzeitig Orientieren), erhalten. Dazu muss ein gesetzlicher Mindeststandard im Schulgesetz des Landes verankert werden.
- **Praktika aufwerten und mit Qualitätsstandards untersetzen:** Es müssen verbindliche Qualitätsstandards für betriebliche Praktika eingeführt werden, um die Lernbedingungen und die Praxisorientierung zu sichern und zu verbessern.

DAHER FORDERN WIR FÜR DIE LANDTAGSWAHL 2026 ...

Unter anderem bedarf es regelmäßiger Schulungen für Praktikumsverantwortliche für eine bessere Betreuung. Die Einführung von Aufwandsentschädigungen und Praktikumsprämien machen Praktika attraktiver.

- **Ausbildungsunterstützungsfonds finanziert durch eine Ausbildungsabgabe aller Unternehmen:** Etablierung eines landeseigenen Ausbildungsunterstützungsfonds, der durch eine Umlagefinanzierung von Unternehmen und öffentlichen Arbeitgeber*innen gesichert wird, um Ausbildungsunternehmen bei ihren Ausbildungskosten zu entlasten und Angebote zur Steigerung der Ausbildungsqualität zu finanzieren. Das Land Sachsen-Anhalt soll sich dabei an dem Modell des Bundeslandes Bremen orientieren.



In Zeiten zunehmender demokratiefeindlicher Tendenzen ist es wichtiger denn je, junge Menschen für die Werte der Demokratie zu sensibilisieren. Sie sollen lernen, Demokratie aktiv zu gestalten und sich gegen extremistische Strömungen einzusetzen. Um dies zu ermöglichen, braucht es umfassende Fördermaßnahmen, die Demokratie für junge Menschen erlebbar machen – sei es in Schulen, Jugendverbänden oder kulturellen Angeboten.

Im Jahr 2030 sind Demokratieförderprojekte ein fester Bestandteil der Bildungs- und Jugendarbeit. Sie werden durch das Land dauerhaft finanziert und umfassen Initiativen von der Kita bis zur Ausstiegsberatung für extremistische Personen. Eine Reform des Wahlrechts in Sachsen-Anhalt ermöglicht es jungen Menschen, ab 14 Jahren zu wählen und gewählt zu werden. Jugendverbände haben bei politischen Entscheidungen eine starke Stimme und kulturelle Angebote, auch im ländlichen Raum. Schulen sind Orte, an denen Demokratie nicht nur vermittelt, sondern aktiv gelebt wird – mit echten Mitbestimmungsmöglichkeiten für Schüler*innen. Politiker*innen und Landesverwaltung kommunizieren aktiv und jugendgerecht mit jungen Menschen. So wird die Grundlage geschaffen, Demokratie zu fördern, zu bewahren und aktiv weiterzuentwickeln.

DAHER FORDERN WIR FÜR DIE LANDTAGSWAHL 2026 ...



- **Wahlalter senken:** Eine Vielzahl junger Menschen wird qua Gesetz von Wahlen ausgeschlossen. Das Wahlalter bei Kommunal- und Landtagswahlen muss für das aktive und passive Wahlrecht auf 14 Jahre gesenkt werden. Junge Menschen, die vor ihrem 14. Lebensjahr wählen wollen, erhalten das aktive Wahlrecht auf Antrag.
- **Jugendverbände als Werkstätten der Demokratie müssen stärker anerkannt und gefördert werden:** Jugendverbände müssen bei aktuellen politischen Themen und Problemen echte Mitbestimmungsmöglichkeiten erhalten, um die Anliegen junger Menschen und ihre Perspektiven in den politischen Entscheidungsprozess einzubringen.
- **Konstante Förderung von Demokratieförderprojekten:** Das Land muss eine konstante Förderung von Projekten zur Demokratieförderung gewährleisten. Dies umfasst die Unterstützung von Projekten für Kitas, Schulen, mobile Opferberatungsdienste, Ausstiegsberatungen sowie Beratungen für Menschen im Nahumfeld von extremistischen Personen.
- **Demokratieförderung in Schulen ausweiten:** Demokratieverständnis und die Bedeutung von Demokratie müssen mehr Raum in Schulen erhalten. Schule sollte ein Ort sein, an dem Demokratie nicht nur theoretisch, sondern auch praktisch erlebbar ist. Dies schließt echte Entscheidungsspielräume und -macht für Schüler*innen ein.
- **Politiker*innen und Landesverwaltung müssen eine jugendgerechtere Ansprache entwickeln:** und aktiver auf junge Menschen zugehen, damit Politik für diese erlebbarer und greifbarer wird.
- **Kulturelle Angebote im ländlichen Raum sichern:** Kulturelle Angebote wie Theater, Clubs und Freiräume müssen auch im ländlichen Raum aufrechterhalten und ausgebaut werden, unabhängig von der Anzahl der Besucher*innen, um Jugendlichen auch dort einen Zugang zu kultureller Bildung und politischer Beteiligung zu ermöglichen.

Kontakt

Bei Rückfragen zum Programm oder den Interessen junger Menschen, Gesprächs- oder Austauschbedarf stehen wir gerne zur Verfügung.

 landtagswahl@kjr-lsa.de

 0391 28 92 32 10

Über uns

Im Kinder- und Jugendring Sachsen-Anhalt e. V. haben sich 24 landesweit tätige Jugendverbände, 6 Dachverbände sowie die Arbeitsgemeinschaft der Kreis- und Stadtjugendringe Sachsen-Anhalts zu einer Arbeitsgemeinschaft auf Landesebene zusammengeschlossen. Über unsere Mitglieder vertreten wir die Interessen von mehr als 200.000 jungen Menschen in Sachsen-Anhalt. Unsere Vision ist ein vielfältiges und lebendiges Sachsen-Anhalt, in dem junge Menschen gut und gerne leben und an dessen Gestaltung sie aktiv mitwirken können. Was genau wir darunter verstehen, legen unsere Mitgliedsverbände als Interessenvertretungen und Selbstorganisationen junger Menschen regelmäßig fest. Deswegen vertreten wir Interessen junger Menschen gegenüber Politik, Verwaltung und Öffentlichkeit und unterstützen die Arbeit der Jugendverbände und der Jugendarbeit.

Impressum

Kinder- und Jugendring Sachsen-Anhalt e. V.

V.i.S.d.P. Anne Seiffert, Vorsitzende
und Tanja Rußack, Vorsitzende

Schleiufer 14
39104 Magdeburg

info@kjr-lsa.de
www.kjr-lsa.de

Autor: AG Landtagswahl
Unter inhaltlicher und redaktioneller
Mitarbeit von: Inga Wichmann, Robin
Radom und Johannes Walter

Gestaltung/Satz: donnerandfriends.de
Illustrationen: Erni Donnerberg

Erscheinungsjahr: 2025

Die Arbeit des Kinder- und Jugendring Sachsen-Anhalt e. V. und dieses Dokument werden gefördert durch das Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Gleichstellung des Landes Sachsen-Anhalt.





Kinder- und Jugendring Sachsen-Anhalt e. V.

Schleifufer 14 | 39104 Magdeburg
info@kjr-lsa.de | www.kjr-lsa.de